

Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

14./15. März in Dresden, DGB-Haus

Beschluss

Die Märkte der Zukunft sind grün.

Antragsteller:

Antje Hermenau, Rudi Haas und Michael Weichert

Bemerkungen:

Unterstützt vom Landesvorstand

TO-Punkt

A-1

Ökologische Wirtschaftspolitik für Sachsen

Der globale Rahmen

„Die Märkte der Zukunft sind grün.“ (Prinz El Hassan bin Talal, Präsident des Club of Rome)

5 Mehr als 1,5 Millionen Menschen in Deutschland verdienen ihr Geld mit dem Umweltschutz. Allen Beschwörungen konservativer und neoliberaler Politiker und Wirtschaftswissenschaftler zum Trotz erweist sich der Widerspruch von Ökonomie und Ökologie nur als ein scheinbarer. Doch es gibt nicht den mindesten Grund, sich auf dem bisher Erreichten auszuruhen. Vielmehr ist zu konstatieren, dass es trotz der Erfolge bündnisgrüner Wirtschaftspolitik bis heute nicht gelungen ist, die Ökologie im allgemeinen Verständnis der Ökonomie zu dem zu machen, was sie sein muss: Grundlegendes Prinzip.

15 Schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts forderte der sächsische Bergbeamte und Forstökonom Carl von Carlowitz eine „beständige und nachhaltige Nutzung“ im Umgang mit natürlichen Ressourcen und brachte damit erstmals das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung zum Ausdruck. Gleichwohl mangelt es heute nicht an Anzeichen, dass die Industrialisierung dieses Prinzip der Nachhaltigkeit in existenzieller Weise vernachlässigt hat. Die Bedrohung durch den Klimawandel stellt nur eine von vielen Gefahren dar, die der Menschheit durch die dauerhafte Übernutzung des Systems Erde droht. Die Ausbreitung der Wüsten, die Überfischung der Meere, der Rückgang der Urwälder, der Kampf um die Trinkwasserressourcen oder der weltweite Rückgang der Arten – die Liste der Schäden am Ökosystem ist lang. Die Ursache liegt in der zu hohen Intensität der menschlichen Nutzung, derzeit übersteigt sie die Regenerationsfähigkeit der Erde um den Faktor 1,3.

25 Dass die Rohstoffe und die Fläche der Erde erschöpfbar sind, schlägt sich auch in den Preisen nieder. Seit der Jahrtausendwende stieg der Ölpreis um 400%, Preise für einige Metalle klettern um mehr als das 10-fache. Noch jung ist die exorbitante Teuerungsrate auf dem globalen Markt der Lebensmittel. Auch hier gab es Preissteigerungen um mehrere 100 %. Der weitere Anstieg der Weltbevölkerung und hohe wirtschaftlicher Wachstumsraten in den Schwellenländern, darunter die bevölkerungsreichsten Volkswirtschaften der Welt, China und Indien, werden dafür sorgen, dass die Nachfrage und mit ihr die Preise für fossile Brennstoffe, Bodenschätze, Nahrungsmittel, Ackerland und Wald weiter steigen werden. Längst ist der Zugang zu den natürlichen Reichtümern zu einer Frage geworden, die über Krieg oder Frieden entscheidet.

35 Wir in den Industrieländern stehen moralisch als Hauptverschmutzer und Ressourcenverbraucher
 der Welt in der Pflicht, unsere Produktions- und Konsumtionsweise auf ein global gerechtes, die
 Schöpfung erhaltendes Niveau umzustellen. Wir haben diese Pflicht nicht nur, weil wir für die ge-
 40 gegenwärtige Übernutzung verantwortlich sind, sondern auch weil wir über das Wissen und das
 Kapital verfügen, den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, die Belastungsfähigkeit der Erde nicht
 zu überdehnen und das Recht eines jeden Menschen, in gleicher Weise an den Gütern der Erde
 teilzuhaben, realisieren zu können.

Was der Markt kann – und was nicht

45 Ökologen haben schon vor Jahrzehnten begriffen, dass unsere Art des Wirtschaftens in die Sack-
 gasse führt. Das Modell des ökologischen Fußabdrucks weist nach, dass wir die Grenze der Rege-
 nerationsfähigkeit des Planeten schon vor Jahrzehnten überdehnt haben. Umweltnutzung hat
 einen Preis, für den der Markt aber blind ist. Sir Nicolas Stern, Ex-Chefvolkswirt der Weltbank,
 bezeichnet den Klimawandel als „das größte Marktversagen aller Zeiten“, weil die Verschmutzung
 50 der Atmosphäre mit CO₂ und anderen Treibhausgasen zu keinen realen Kosten bei den konkreten
 Verursachern aber zu exorbitanten zukünftigen Belastungen für die Allgemeinheit führt. Umwelt
 ist kein „freies Gut“, das von allen Marktteilnehmern unentgeltlich genutzt werden kann. Umwelt
 hat ihren Preis.

55 Erst in zaghafte Umrissen wird deutlich, wie hoch die Rechnung sein wird, die uns der Klima-
 wandel schicken wird. Ebenso zaghaft beginnt in Europa die Bepreisung des CO₂-Ausstosses. Bei
 anderen Bedrohungen wie dem Verlust an Biodiversität, verursacht zum Beispiel durch die Zerstö-
 rung von Lebensräumen und Monokulturen in der Landwirtschaft, sind die Wirtschaftswissen-
 schaftler bei diesem wichtigen Indikator noch weit davon entfernt, einen ungefähren Preis für
 diesen Verlust berechnen zu können.

60 Der Markt ist ein hoch effizientes Instrument zur Steuerung von Angebot und Nachfrage, soweit
 er in die Preisbildung alle tatsächlich anfallenden Kosten einbezieht. Spiegeln die Preise nicht die
 tatsächlichen Knappheiten, resultiert Marktversagen, weil Konsumenten und Produzenten bei fal-
 schen Preissignalen falsche Entscheidungen treffen. Märkte alleine sind untauglich, wenn „Ne-
 65 benkosten“ wie Umweltzerstörungen nicht in die Preise eingehen und daher im wirtschaftlichen
 Handeln nicht berücksichtigt werden. Um als Instrumente einer weitsichtigen Politik zu dienen,
 braucht der globale Markt staatliche oder besser noch supranationale Vorgaben. Preise müssen
 die ökologische Wahrheit sagen – dafür muss der Staat zielgerichtet in den Markt eingreifen. Der
 CO₂ -Zertifikatshandel der EU ist so ein Eingriff.

70 Ökologische Politik muss auf alle Möglichkeiten zurückgreifen, die nötig sind, wirtschaftliches
 Handeln wieder in Bahnen zu lenken, die der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Einhalt gebie-
 ten. Anreize über Förderpolitik gehören ebenso dazu wie Ge- und Verbote, das Planungs- sowie
 das Ordnungs-, Straf- und Steuerrecht, kurz: sämtliche Instrumente, die zum Einbezug der Um-
 75 weltkosten in die Preisbildung führen.

Bündnis'90/Die Grünen ist aber wichtig, dass die stärkere Einbeziehung der Umweltkosten durch
 staatliche Eingriffe sozial gerecht verteilt wird. Die großen umweltpolitischen Herausforderungen
 dieses Jahrhunderts dürfen nicht durch das Infragestellen von Errungenschaften, die sich als Ant-
 80 wort auf die Soziale Frage im letzten Jahrhundert durchsetzten, angegangen werden. Daher ist mit
 uns Grünen ein gegenseitiges Auspielen von sozialer Gerechtigkeit und Ökologie nicht zu ma-

chen. Denn ebenso wie der Widerspruch Ökonomie und Ökologie nur ein scheinbarer ist, ist dies auch der vermeintliche Widerspruch zwischen sozialer Gerechtigkeit und Ökologie.

85 Höhere Preise, die die Umwelt verlangt, können durch zunehmenden Wettbewerb bei ökologiefreundlichen Angeboten verbunden mit sinnvollen staatlichen Regulierungen, langfristig dazu führen, dass umweltverträgliches Wirtschaften für niemand Luxus sein muss, sondern Teil einer sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft, die Ziel unserer grünen Politik ist.“

90

Zeit ist knapp – auch in der sächsischen Wirtschaftspolitik

Vom Weltklimarat wissen wir, dass uns noch 10 bis 15 Jahre bleiben, um beim globalen CO₂-Ausstoß die Wende zu schaffen und den Klimawandel unterhalb einer Grenze von zwei Grad zu stabilisieren. Fast ebenso lange bekommt der Freistaat Sachsen aus dem Solidarpakt II noch die finanziellen Mittel, um über sein eigenes Steueraufkommen hinaus Wirtschaft und Infrastruktur zu fördern.

95 Die Jahre seit der Wende waren wirtschaftlich gekennzeichnet durch einen Nachholprozess, in dem es – bei großen sozialen Verwerfungen - gelang, die industrielle Basis im Freistaat wieder aufzubauen. Der Freistaat Sachsen partizipierte überdurchschnittlich am weltweiten Aufschwung und es kam in diesem Jahr erstmals zu einem nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dieses Wachstum hat seinen Preis:

- 105 • Seit der Wende wächst im Freistaat Sachsen trotz Bevölkerungsrückgangs die Siedlungs- und Verkehrsfläche, und jeden Tag aufs Neue wird eine Fläche von der Größe von sechs Fußballfeldern versiegelt. Die Zerstörung der Naturräume, die Zerschneidung der Landschaften und eine industrielle Landwirtschaft setzen einen seit der Industrialisierung anhaltenden Trend des Artenrückgangs fort: 21 Prozent des Artenbestandes an Fischen sind ausgestorben, 44 Prozent gefährdet. Bei Vögeln und Säugetieren sieht es ähnlich schlimm aus: 7 Prozent der Brutvögel und 13 Prozent der Säugetiere sind bereits ausgestorben, fast die Hälfte der Arten gelten als gefährdet.
- 110 • Sachsen emittiert bedingt durch eine fast ausschließlich auf Braunkohle basierende Stromversorgung entschieden zu viel CO₂ – wir liegen um mehr als 600% über dem Zielwert des Weltklimarates. Und statt zu sinken, werden die CO₂ –Emissionen im Freistaat Sachsen mittelfristig genauso steigen wie die Abhängigkeit von diesem Energieträger. Gegenüber künftigen Vorgaben beim CO₂-Handel ist Sachsen schlecht gerüstet.
- 115 • Dem starken Wachstum des Verkehrsaufkommens mit steigenden CO₂-Emissionen und der Beeinträchtigung der Lebensqualität durch Lärm und Abgase steht die Staatsregierung untätig gegenüber. Statt zu handeln hat die Staatsregierung die Verminderung der gesundheitsschädlichen Feinstaub und Stickoxid-Belastung durch den Straßenverkehr durch unwirksame Luftreinhaltepläne in Leipzig, Chemnitz und Dresden torpediert.
- 120 • Industrie und Gewerbe sowie die Gebäude in Sachsen verbrauchen überdurchschnittlich viel Energie.
- 125 •

Das Axiom der bisherigen sächsischen Wirtschaftspolitik „Wer Straßen sät, wird den Aufschwung ernten.“ funktioniert schon längst nicht mehr und ist – jüngst testiert von der Europäischen Union – alles andere als eine zukunftsträchtige Strategie. Und die Erfolge bei der Ansiedlung der Erneuer-

130

erbaren Energien – sie sichern mittlerweile ca. 6500 Arbeitsplätze in Sachsen - wurden nicht wegen, sondern trotz der Politik der Staatsregierung erreicht.

135 In der deutschen Umweltpolitik hat die regierende Koalition in Sachsen die Rolle des ersten Brem-
sers übernommen, sie hat beim Zertifikatshandel und bei der Begrenzung des CO₂ –Ausstoßes der
Pkws interveniert und dem Konzern Vattenfall indirekte Subventionen von jährlich über 500 Milli-
onen Euro zugeschaufelt. Angesichts der globalen Herausforderungen, die sich in internationalen
Vorgaben und steigenden Preisen niederschlagen werden, ist Sachsen denkbar schlecht gerüstet.
140 Ökologische Wirtschaftspolitik? Im Freistaat eindeutig Fehlanzeige.

Ökologie als Chance für den Freistaat

145 Der Umsatz von Produkten aus dem Ökolandbau steigt pro Jahr zweistellig und liegt jetzt bei ca. 5
Mrd. € deutschlandweit. In Sachsen stagniert dagegen die Entwicklung. Der Freistaat ist bundes-
weit Schlusslicht beim Anteil ökologischer Flächen in der Landwirtschaft. In Brandenburg werden
10% der Landwirtschaftsfläche ökologisch bewirtschaftet, in Sachsen 3,1%. Dieses Beispiel aus
einem Kernbereich der Ökologie verdeutlicht, dass eine konservative, für Fragen der Umwelt völlig
unsensible Politik unfähig ist, langfristige Trends zu erkennen und zum Wohle aller in politisches
Handeln umzusetzen. Eine solche Politik verschläft die Zukunft und gefährdet langfristig die Ar-
beitsplätze in Sachsen. Genauso wie heute sicher ist, dass die Nachfrage nach gesunden Lebens-
mittel weiter wachsen wird und dem Ökolandbau die Zukunft gehört, sind andere Trends schon
150 da oder zu erkennen:

155 Mehr **Energie-Effizienz** – vom Haushalt bis in die Industrie, denn schon heute können über ent-
sprechende Investitionen Beschäftigungseffekte für die lokale Wirtschaft und das Handwerk aus-
gelöst werden. Und die Renditen werden wachsen je stärker die Preise für Öl und Gas steigen.

160 **Weg vom Öl!** Das gebieten der Klimaschutz und die wirtschaftliche Vernunft. Wer sich aus der
Abhängigkeit von Öl und Gas befreien will, braucht eine Strategie. 2,7 Millionen Fahrzeuge, In-
dustrie, Gewerbe und ca. 3 Mio. Wohnungen und Gebäude in Sachsen – alle sind abhängig von
Öl und Gas.

165 Bei steigenden Preisen für Rohstoffe und Energie ist **Materialeffizienz** das Gebot der Stunde. Un-
ternehmen, die mit weniger Input gleichen Komfort und gleiche Leistung produzieren, werden
einen internationalen Wettbewerbsvorteil haben. Besonders der sächsische Maschinenbau hat
wegen der bereits stark gestiegenen Materialkosten ein großes Interesse an Innovationen, die den
Verbrauch und damit die Kosten senken.

170 Der Trend zu den **Erneuerbaren Energien** wird anhalten und sich verstärken, wobei die System-
konkurrenz innerhalb der Branche zunehmen wird. Der Freistaat ist mit zahlreichen Unternehmen
rund um die Fotovoltaik nur in einem Sektor gut gerüstet. Im industriellen Maßstab spielen weder
die Wind-, noch die Bio- noch die Geothermieanbieter eine vergleichbare Rolle. Die Herstellung
von Bio-Sprit – das deutet sich bereits an – könnte sich als Sackgasse erweisen, wohingegen die
stationäre Biomassenutzung noch große Effizienzpotentiale hat, wenn Wärme und Strom gemein-
sam genutzt werden.
175

Der **Automobilbau** ist einer der Pfeiler der sächsischen Industrie. Er wird bröckeln, wenn er an
seiner klassischen Ausrichtung festhält. Mittelfristig wird sich herum sprechen, dass unser Grad der
Automobilisierung mit Verbrennungsmotoren an seine räumlichen und atmosphärischen Grenzen

180 stößt. Unsere Form der Mobilität ist auf Länder wie Indien und China nicht übertragbar und damit nicht zukunftsfähig. Geld wird langfristig nur verdienen können, wer Mobilität technisch anders realisiert und organisiert.

185 Auch der Markt für die bekannten End-of-pipe-**Umwelttechnologien** (Trinkwasseraufbereitung, Reinigung von Abwässern und Böden, Filtertechnologien) sowie die **Mess- und Regeltechnik** werden vom wirtschaftlichen Wachstum in den Schwellenländern profitieren. Vorrangig ist aber die Ausrichtung auf **integrierte Technologien und Verfahren** des Umweltschutzes, die Emissionen und Umweltverbrauch gar nicht erst entstehen lassen – hier winken Milliarden-Umsätze.

190 Mit seiner Industrie-, Forschungs- und Hochschullandschaft bringt der Freistaat Sachsen gute Voraussetzungen mit, sich auf den grünen Märkten der Zukunft eine gute Position und damit Umsätze und Arbeitsplätze zu sichern. Notwendige Voraussetzung wäre, dass die Wirtschaftspolitik diese Trends antizipiert und die Weichen in Richtung einer ökologischen Marktwirtschaft stellt. Dafür hat die Staatsregierung nicht alle aber wichtige Instrumente in der Hand.

195

Ökologie als Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung

200 Bereits vor Jahren haben Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbände die Staatsregierung angemahnt, einen Schwerpunkt der Investitionsförderung bei der Material- und Energieeffizienz zu setzen. Die grüne Landtagsfraktion hat diese Forderung als Vorlage für entsprechende Anträge zum Haushalt genommen, konnte aber fast nichts bewegen. Trotz steigender Preise für Öl, Gas und die Rohstoffe und gleichzeitige Effekte in der Kostenreduzierung und beim Klimaschutz gibt es bis heute kein entsprechendes Landesprogramm.

205

Wir wollen, dass zunächst 50 Millionen jährlich aus den Mitteln des europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Kofinanzierung des Landes bereit gestellt werden, um Investitionsvorhaben zur Steigerung der Energie- und Materialeffizienz zu fördern. Dem Beispiel anderer Länder folgend ist das Programm durch Dienstleister zu begleiten, die gleichfalls den Austauschprozess zwischen Forschung und Industrie beschleunigen.

210

215 Statt wie bisher sektoral mit einheitlichen Fördersätzen zu operieren, sollte die Ansiedlung von Zukunftstechnologien bevorzugt werden. Eine entsprechende Schwerpunktsetzung würde die Clusterbildung verstärken und mittelfristig für ein moderneres Image des Freistaates als Wirtschaftsstandort sorgen. Signal muss sein: Unternehmen, die gegenüber herkömmlichen Verfahren Energie- und Material einsparen, die Emissionen vermeiden und die den Verbrauch der Umwelt zurückfahren, sind im Freistaat gern gesehen.

220 Wir fordern, dass bei der GA-Investitionsförderung Unternehmen eine höhere Förderung erhalten, die ressourceneffizient produzieren. Ein Förderzuschlag für Unternehmen ab einer bestimmten Größe, die bspw. im Rahmen der EMAS-Zertifizierung nachgewiesen haben, dass sie ihre Stoffströme optimieren und mit den Ressourcen effizient wirtschaften, ist rechtlich machbar und bereits im Jahr 2009 umzusetzen.

225 Bei den Erneuerbaren Energien gibt es eine Vielzahl von kleineren, innovativen Unternehmen, die mangels Kapital nicht das Stadium der Produktion erreichen. Für solche Start-Ups braucht es eine fachliche kompetente Begleitung, die Seed-Capital („Saat Kapital“ - Kapital für die Frühphasenfinanzierung eines Unternehmens) bereitstellt oder vermittelt und Netzwerke knüpft. Die Wirt-

230 schaffungsförderung Sachsen sollte entsprechendes Branchen-Know-how aufbauen und ihr Förderinstrumentarium anpassen.

235 Noch ist genügend Geld im sächsischen Haushalt für eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik vorhanden, denn nach wie vor werden hunderte von Millionen Euros unsinnig in den Straßenbau investiert. Finanzen, die man besser anlegen kann.

Beispiel gebend: Freistaat und Kommunen als Auftraggeber

240 Der Freistaat und die Kommunen sorgen als Bauherr, Auftraggeber von Dienstleistungen und Bezieher von Produkten jedes Jahr für Umsätze in Milliardenhöhe. Wie kein anderer ist die Öffentliche Verwaltung als Kunde in der Lage, Einfluss auf den Markt zu nehmen. Trotz bunter Broschüren zur ökologischen Beschaffung und vieler schöner Worte: Die Verwaltungen sind ihrer Verantwortung im Auftrags- und Beschaffungswesen bis heute noch nicht annähernd gerecht geworden. Obgleich das – längst überholte - Klimaschutzprogramm aus dem Jahre 2001 schon die Vorbildfunktion der Verwaltung beim Klimaschutz hervorhebt, hat sich wenig getan.

245 Im europäischen Recht ist verankert, dass das nationale Vergaberecht sowohl soziale als auch umweltpolitische Standards aufnehmen kann und der Preis nur ein Kriterium neben anderen ist. Aber welche Verwaltung in Sachsen bezieht grünen Strom? Wo gibt es im öffentlichen Bauen beispielhafte Energiekonzepte? Null-Energie-Gebäude? Beispiele guter Praxis bei der Sanierung? Fast überall Fehlanzeige!

250 Kleine Gemeinden und Städte wie Zschadraß, Taucha oder Ostritz zeigen, dass es auch anders geht, dass man selbst eine Turnhalle CO₂ –frei betreiben, sich als Gemeinde aus der fossilen Abhängigkeit befreien und nebenbei noch Kapital erwirtschaften kann. Die genannten Städte sind leider die Ausnahme von der Regel.

260 Und auch hinsichtlich sozialer Standards gleicht das sächsische Ausschreibungswesen einer Wüste: Trotz SPD in der Regierung fehlt nach wie vor die Tarifbindung im Vergabewesen. Nur einem Antrag unserer Fraktion ist es zu verdanken, dass Sachsen keine Produkte mehr anschafft, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden. Einer entsprechenden bundesweiten Initiative hat sich von den sächsischen Kommunen bisher nur die Stadt Leipzig angeschlossen.

265 Dass der Freistaat Sachsen noch heute Hochschulen und Schulen baut, die gerade einmal die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Energieeinsparungen erfüllen, ist ein peinlicher und kostenträchtiger Skandal. Beim Neubau des Campus in Leipzig ist das Versagen der Staatsregierung in nackten Zahlen nachzulesen.

270 Wir fordern: Das gesamte öffentliche Auftrags- und Beschaffungswesen gehört auf den ökologischen Prüfstand. Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Der Bezug von grünem Strom sollte in einem Land, in dem die Solarindustrie boomt, eine ebensolche Selbstverständlichkeit wie die Nutzung von Recycling-Papier sein. Öffentliches Bauen muss beispielgebend sein – energetisch und in der Verwendung ökologischer Materialien. Wir wollen transparente und professionell geführte kommunale Unternehmen, die im Markt bestehen können und deren langfristiges Denken am Gemeinwohl orientiert ist. Die unternehmerische Verantwortung der Kommunen darf nicht nur auf den share-holder-value schauen, sondern muss ökologische und soziale Ziele gleichermaßen im Blick haben. Stadtwerke, Krankenhäuser, Abfallentsorgung, Wohnungseigentum u.a.m: Überall gibt es Chancen zur Ökologisierung und Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe.

280 **Handwerk hat grünen Boden**

Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen, denen die Menschheit in diesem Jahrhundert gegenübersteht. Der anhaltend hohe Verbrauch fossiler Energieträger führt zu immer deutlicheren Klimaveränderungen, stetig steigenden Verbrauchskosten und ungewollten politischen Abhängigkeiten. Für die Umsetzung der Klimaschutzziele der EU spielen die Städte und Regionen die entscheidende Rolle. Nur durch die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Wirtschaft und Stakeholdern kann die Energiewende verwirklicht werden.

Ökologische Politik ist Politik für Kleinbetriebe und den Mittelstand. Eine Wirtschafts- und Energiepolitik, die auf Erneuerbare Energien, Effizienz und Einsparung setzt, schafft neue Industrien und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Nicht nur größere Unternehmen wie Solarworld, Q-Cells und Co. haben vom EEG profitiert, sondern auch das sächsische Handwerk. Es sind Elektriker, die die Fotovoltaik-Anlagen montieren und ins Netz einbinden, die Verbindung von Solarthermie und Heizung ist Sache der Klempner, Installateure und Heizungsbauer. Passivenergiehäuser funktionieren nur mit dem Wissen und dem Können der Klima- und Lüftungstechniker, der Maurer, der Trockenbauer und Zimmerleute. Sächsische Architekt- und Ingenieurbüros planen und kalkulieren solche Investitionen und überwachen ihre fachgerechte Ausführung.

Die Energieerzeugung durch Erneuerbare läuft dezentral, sie schafft mehr Arbeit als kapitalintensive Großkraftwerke. Handwerk und Planungsbüros, meister Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, profitieren von den meist privaten Investitionen. Eine konsequente Umsetzung der Energiewende unter Ausschöpfung der Potentiale zur Energie-Einsparung und Effizienz würde zehntausende Arbeitsplätze allein in Sachsen schaffen.

So lässt die Anwendung der Solarthermie insbesondere in den Mietobjekten zu wünschen übrig. Eine dankbare Aufgabe für die sächsische Energieagentur wäre es, hier eine Win-Win-Situation für Mieter und Vermieter zu organisieren. Die Dächer der Plattenbauten sind zahlreich, groß und bis heute weitgehend ungenutzt.

Die konsequente Umsetzung von ökologischen und energetischen Standards in den öffentlichen Gebäuden spart nicht nur Öl und Gas und schont das Klima, sondern schafft Renditen beim sächsischen Handwerk, die heute noch in den Mittleren Osten und nach Russland fließen. Kommunen, die heute in den Klimaschutz investieren, die Rathäuser, Schulen, Kindergärten und andere öffentliche Gebäude energetisch sanieren, werden ein lokales Beschäftigungsprogramm im Handwerk auslösen. Wo das Geld oder das Know-how für die Investitionen und Maßnahmen fehlt, können Energieberater und Contracter einspringen.

Wir fordern vom Freistaat, dass er die energetische Sanierung seines eigenen Gebäudebestands in Angriff nimmt und sich bei Neubauten am Passiv-Haus-Standard orientiert. Wo immer möglich, sollte die Nutzung Erneuerbarer Energie und die Einbindung von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung realisiert werden.

Kommunale Anstrengungen beim Klimaschutz müssen durch ein Landesprogramm begleitet werden. Weil es dem Handwerk jetzt schon an Fachkräften mangelt, wäre die Ausrichtung der Ausbildungsverbände ebenso wie die Berufsorientierung in den Schulen besser mit den Handwerkskammern abzustimmen.

Verkehr

330 Dreh- und Angelpunkt für eine ökologische Verkehrspolitik des Landes sind die Raum- und Siedlungsplanung sowie die Investitionen und Mittelzuteilungen. Mobilität und Erreichbarkeit sind Grundvoraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung in allen Regionen der EU. Mit der Verabschiedung der Territorialen Agenda, die gemeinsame Ziele für die Raumplanung beschreibt und der Leipzig-Charta, die Grundlagen für eine Neuausrichtung der Städtepolitik in Europa enthält, 335 haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet eine nachhaltige Stadt- und Raumentwicklung zu betreiben. Dazu gehört auch die integrierte Strategie zur Förderung eines umweltverträglichen Verkehrs. Das Europaparlament fordert im 1. Eisenbahnpaket, dass mindestens 40 Prozent der Mittel in Schienenprojekte zu investieren sind. Dies alles scheint der sächsischen Staatsregierung nicht bekannt zu sein, weil es in den Operationellen Programmen keine 340 entsprechende Berücksichtigung findet.

Seit der Wende hat die regierende CDU die Verkehrsplanung des Landes dem Auto unterworfen, Milliarden in den Straßenbau gesteckt und als ein Steckenpferd den Ausbau der Flughäfen betrieben. Gemeinsam mit der SPD wird diese wenige zukunftssträchtige Politik seit 2004 fortgesetzt, 345 über 600 Mio. Euro werden derzeit im Straßenbau ausgegeben, für den schienengebundenen öffentlichen Verkehr gerade einmal 27 Mio.

Wir wollen durch eine intelligente Siedlungsplanung und einen attraktiven ÖPNV Verkehr vermeiden und verlagern. Wir wollen Schwerpunkte bei den Investitionen in Richtung öffentlicher Verkehr 350 setzen und den Gesellschaften Anreize bieten, ihre Fahrzeugflotten in Richtung abgas- und verbrauchsarmer Antriebe zu modernisieren. Der ÖPNV soll einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Minderung im Mobilitätssektor leisten. Dafür muss der Anteil vor allem des schienengebundenen ÖPNV im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr erheblich steigen. Davon wird auch der Schienenfahrzeugbau mit seinen derzeit 16.500 Arbeitsplätzen ins Sachsen (u .a. in Bautzen, Görlitz und Niesky) profitieren. 355

Der Freistaat braucht einen „Sachsen-Takt“ mit mindestens stündlich verkehrenden Zügen, die sich in Knotenbahnhöfen treffen und schnelle Anschlüsse erlauben. Ebenso muss der straßengebundene ÖPNV in diesen Takt einbezogen werden. Und die fünf verschiedenen Verbundtarife in Sachsen gehören vereinfacht und integriert, so dass eine durchgehende Abfertigung der Fahrgäste von Tür zu Tür mit einem Fahrschein selbstverständlich wird. Sachsen darf auch nicht länger vom Fernverkehr abgehängt bleiben. Das Angebot insbesondere auf der Bahnstrecke Berlin-Dresden-Prag als auch die Verbindung Dresden - Görlitz und weiter zu unseren polnischen Nachbarn nach Breslau (Wroclaw) stellt kein komfortables Fernverkehrsangebot dar. Der hier überfällige Infrastrukturausbau - besonders die Elektrifizierung auf dieser Strecke - muss schnellstens nachgeholt 360 und darf nicht weiter verschoben werden. Lücken im grenzüberschreitenden Eisenbahnfernverkehr müssen geschlossen werden. 365

Beim ÖPNV im ländlichen Raum ist der derzeitig praktizierte Angebotsabbau aufgrund sinkender Nachfrage der falsche Weg: Der ÖPNV ist ein Standortfaktor – nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für eine kinderfreundliche Gesellschaft. Als Daseinsvorsorge wird dem ÖPNV in dünn besiedelten Räumen künftig bei steigenden PKW-Haltungskosten und sinkenden Einkommen eine größere Bedeutung zukommen. Der klassische Linienverkehr mit großen Fahrzeugeinheiten ist hier aber weder wirtschaftlich noch energieeffizient. Gefragt sind neuartige, alternative Bedienungsformen, wie z.B. Bürgerbusse und Rufbusse. Auch die Integration vorhandener Fahrten des sozial- 370 375

380 pflegerischen Dienstes oder von anderen Dienstleistungen in den ÖPNV (Vorbild: Postbus), Konzepte zur Mobilitätsvermeidung (Ladenauto, regionale Wirtschaftskreisläufe) und Fahrgemeinschaften/lokale Mitfahrzentralen können Bestandteile eines alternativen Mobilitätskonzepts sein. Für diese Umorientierung des ÖPNV muss der Freistaat Sachsen die erforderlichen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen: Alternative Mobilitätskonzepte benötigen zumindest eine Anschubfinanzierung, ehrenamtliches Engagement (z.B. beim Bürgerbus) muss gestärkt werden.

385 Ein gut ausgebautes Radwegenetz ist nicht nur ein Beitrag zur Vermeidung von Emissionen in unseren Städten, sondern auch ein wichtiges Element im naturnahen Tourismus. Elberadweg und das Radnetz Biosphärenreservat Oberlausitz beweisen, dass der Bedarf groß ist und die Nachfrage nach entsprechenden Angeboten wächst.

390 Die zentralen Weichen der Verkehrspolitik werden im Bund gestellt. Wo der Freistaat Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten hat, wurden sie einseitig für den Individual- und den Flugverkehr wahrgenommen. Ob bei den CO₂-Obergrenzen für Pkw, den Schienenverkehrsverbindungen in die Nachbarstaaten oder den zahlreichen Subventionen für den Flugverkehr: Ökologische Verkehrspolitik ist so ziemlich das Gegenteil von dem, was bis jetzt stattfand. Kerosin z. B. muss besteuert und der Flugverkehr als Sektor in den CO₂-Zertifikatshandel integriert werden.

395 Die Frage, wann der motorisierte Individualverkehr global an seine ökologischen Grenzen stößt, wird auch die Automobilindustrie mit zu entscheiden haben: Setzt sie den Trend zu immer schwereren und leistungstärkeren Pkws wie in Mitteleuropa fort oder macht sie den Anbietern der neu entwickelten Billig-Serien für die Märkte der Schwellenländer Konkurrenz? Wir glauben, dass keine dieser Pfade den Automobilstandort Sachsen in eine sichere Zukunft führt. Das grüne Auto – wir sind sicher, es kommt. Der technologische Wettbewerb auf allen Ebenen – vom Gewicht bis hin zum Antrieb – läuft. Deutlicher weniger Emissionen ist das Ziel. Statt freiwillige Selbstverpflichtungen zu brechen und europäische Vorgaben zu torpedieren, sollte sich das Autoland Sachsen an die Spitze der Bewegung stellen.

405

Land- und Forstwirtschaft

410 Die Land- ist neben der Forstwirtschaft *der* Wirtschaftszweig, der am meisten mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert ist. Die Pflanzenbestände leiden unter zunehmendem Hagel und Starkniederschlag einerseits und langen Trockenperioden andererseits. Immer häufigere Stürme und Wolkenbrüche verschärfen die Gefahr der Bodenerosion. Die konventionelle Landwirtschaft hat aber auch durch Maßnahmen wie Überdüngung der Flächen, Trockenlegung von Feuchtgebieten, Beseitigung von Flurgehölzen, hohe Konzentration von Tierbeständen und enge Fruchtfolgen mit

415 kurzen Anbaupausen zur Beeinträchtigung der Umwelt und damit zum Klimawandel beigetragen.

420 Es ist daher dringend geboten, so naturnah und Ressourcen schonend wie möglich zu produzieren. Die Landwirtschaftsbetriebe müssen ermutigt werden, auf die Ausbringung von synthetischem Stickstoffdünger, zu dessen Produktion viel Energie verbraucht wird, und den großflächigen Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln zu verzichten. Tierquälerische Haltungs- und Transportbedingungen müssen europaweit geächtet und letztlich verboten werden, Deutschland sollte dabei Vorreiter und nicht Bremser sein.

425 An diesen Zielen muss sich jegliche Agrarförderung messen lassen. Die Subventionszahlungen an die Landwirtschaft sind in den letzten Jahren ständig zurückgegangen. Aber bedeutende Reformen in der Agrarpolitik der Europäischen Union stehen weiterhin an, die Erweiterung der EU duldet nun keinen Aufschub mehr. Wir fordern die sächsische Staatsregierung auf, konstruktiv nach neuen Wegen zuzusehen und die Reform mitzugestalten, anstatt einseitig die Höhe der bisherigen Subventionen zu verteidigen.

430 Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln steigt ständig, dennoch blieb der Ökolandbau in Sachsen bisher völlig hinter seinen Möglichkeiten zurück. Mehr als andere ist der ökologische Landwirt auf Kontinuität in der Agrarpolitik angewiesen. Wir wollen, dass die ökologische Landwirtschaft bis zum Jahre 2015 einen Anteil von 25% an der landwirtschaftlichen Fläche hat.
435 Das ist bei gleichzeitiger Reduktion der Subventionen erreichbar, wenn klare Prioritäten gesetzt und Umweltleistungen und Beschäftigung honoriert werden, statt pauschal Flächen und Bestände zu fördern.

440 Nach Zahl der Anbaustandorte und Größe der -fläche wird der Freistaat Sachsen zum zweitgrößten Gentechnikstandort der Republik – als Folge einer Landwirtschaftspolitik, die blind dem vermeintlichen Fortschritt vertraut und auf eine Koexistenz setzt, die schon in größeren Agrarländern gescheitert ist. Wir halten den eingeschlagenen Weg für gefährlich und lehnen den Einsatz der grünen Gentechnik ab. Ausdrücklich protestieren wir gegen die oft nicht ausreichende oder irreführende Information über die Anbaustandorte für genveränderte Pflanzen, was es betroffenen Bürger/innen erschwert, ihre Rechte wahrzunehmen.
445

Viele Landwirte haben sich in jüngster Zeit auch zu Energiewirten entwickelt. Gut so! Jedoch setzt die sächsische Staatsregierung zu einseitig auf Energie aus Biomasse. Wenn z.B. Mais, um als Silage in Biogasanlagen vergoren zu werden, oder Raps, zwecks Produktion des ohnehin zu hinterfragenden Bio-Treibstoffs, zu häufig in den Fruchtfolgen angebaut wird, dann wird Energie aus Biomasse zu Lasten der Umwelt produziert. Eine Landwirtschaftspolitik mit derartigen Folgen lehnen wir ab.
450

455 Langfristig streben wir in Europa eine subventionsfreie Landwirtschaft an, in der nur noch Leistungen wie der Natur- und Landschaftsschutz gesondert honoriert und der Eintrag von Schadstoffen in Luft, Boden und Wasser sanktioniert wird. Schon heute wäre der Ökolandbau wirtschaftlich ohne staatliche Hilfen wettbewerbsfähig, wenn die Umwelt- und Gesundheitskosten in den landwirtschaftlichen Preisen enthalten und ein artgerechter Tierschutz europaweiter Standard wäre.

460 In Sachsen stirbt der Wald. Und die Klimaprognosen lassen befürchten, dass es in der Lausitz zu einem flächendeckenden Phänomen werden kann. Umso dringlicher ist es, dass das Programm zur Waldmehrung umgesetzt und ausgebaut wird: 44.000 Hektar Aufforstungsflächen müssen vornehmlich in Mittelsachsen und im Leipziger Raum dafür bereit gestellt werden. Zeitgleich muss der Waldumbau, weg von den Monokulturen, hin zu natürlichen Mischwäldern, auch unter der Maßgabe des sich verändernden Klimas weiter vorangetrieben werden. Der Staatsbetrieb Sachsenforst muss der ökologischen Waldwirtschaft verpflichtet werden; der Wildbestand ist immer noch zu hoch.
465

470 Nicht nur der Wald, sondern auch die Bäume in unseren Dörfern und Städten haben eine wichtige klimatische Funktion. Baumschutz ist für BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ein Schwerpunkt der politischen Arbeit vor Ort. Die vorhandenen Grünstrukturen müssen geschützt und insbesondere im innerstädtischen Bereich ausgeweitet werden. Zum Erhalt der wertvollen Altbaumbestände und

den immer noch zahlreichen Alleen ist ein Wandel des öffentlichen Bewusstseins notwendig. In den Zeiten des Klimawandels, die eine neue Heizeit befürchten lassen, wächst die Bedeutung von Bäumen, Hecken und Bachen für die Erholung des Menschen. Daher sind vor allem alte Bäume zu erhalten und neue Grünzüge aus der freien Landschaft bis in die Städte zu führen

Ferner schlagen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, dass jede Jugendliche und jeder Jugendlicher in Sachsen im Rahmen des Waldmehrungsprogramms einen Baum geschenkt bekommt. Das könnte einen Beitrag leisten, die Jugend etwas mehr an die Natur heranzuführen, das Grundverständnis für ökologische Prozesse und Zeiträume sowie die elementare Bedeutung der Bäume für das Leben zu wecken.

Energie

Die Staatsregierung bezeichnet Sachsen gerne als Energieland. Korrekt wäre aber die Bezeichnung Stromland. Denn nur bei der Elektrizität ist Sachsen in der Lage, den eigenen Bedarf zu decken. Auch das „Energieland Sachsen“ importiert den größten Teil seines Energiebedarfs in Form von Öl und Gas.

Sachsen ist aber auch „Vattenfall-Land“, denn ein einziges Unternehmen kontrolliert fast allein die Stromerzeugung und das Hochspannungsnetzes einschließlich der Kupplungsstellen zu unseren Nachbarländern.

Eine ökologische Energiepolitik im Zeichen des Klimawandels muss den Freistaat Sachsen aus beiden Abhängigkeiten befreien – aus der von den fossilen Rohstoffen und aus der eines Versorgermonopols. Der „heimische und preiswerte Energieträger Braunkohle“ (Staatsregierung) hat für Strompreise in Sachsen gesorgt, die zu den höchsten in Deutschland zählen. Der Bezug von zertifiziertem ko-Strom ist vieler Orts in Sachsen nicht nur die richtige Entscheidung für die Umwelt, er entlastet auch die Haushaltskasse.

Bündnisgrüne Energiepolitik ist dezentral. Wir brauchen viele Erzeuger statt wenige Oligopole; wir wollen mehr KWK-Anlagen mit gleichzeitiger Erzeugung von Strom und Wärme; wir setzen auf die Senkung des Verbrauchs durch Effizienzgewinne und wir setzen auf die Erneuerbaren.

Die Energiegewinnung in Braunkohlekraftwerken wie in Boxberg und Lippendorf muss aus Gründen des Schutzes der Atmosphäre zum Auslaufmodell werden. Wir wollen, dass die Betreiber einen angemessenen Preis für die Belastung der Atmosphäre mit CO₂ bezahlen. Ein angemessener Preis wird sich einstellen, wenn Emissionszertifikate ab der ersten Tonne ersteigert werden müssen und es keine differenzierte Zuteilung nach Brennstoffen und Anlagen mehr gibt. Wenn wir durch die Instrumente der Energiepolitik den Wettbewerb unter die Prämisse des Klimaschutzes stellen, hat die Braunkohleverstromung keine Zukunft.

Schon sehr bald sollte der Sächsische Landtag ein Moratorium für die sächsische Lausitz und die mitteldeutschen Abbaugelbiete beschließen, um diese Regionen vor weiteren Tagebauen zu schtzen und Maßnahmen zum Erhalt der dortigen Kulturlandschaften in die Wege zu leiten. Wir streben dazu eine enge Kooperation mit den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt an, da sich große Teile der Braunkohleabbaufelder in diesen Bundesländern befinden, und nur durch Länder übergreifendes Handeln eine Wende hin zu kologischerer Energiegewinnung erreichbar ist.

Wir wollen, dass die unsinnige Subventionierung des Braunkohletagebaus und der -kraftwerke aufhört. Das Sächsische Wassergesetz gehört geändert und die Befreiung des Tagebaus von der Grundwasserabgabe gestrichen.

525 Eine Energieversorgung, die sich ausschließlich auf die Erneuerbare Energie stützt, ist machbar. 100 % Erneuerbare – das ist ein realistisches Ziel, wenn wir jetzt die Weichen richtig stellen und das Potential des Sparens und der Effizienz ausschöpfen. Die Möglichkeiten der regenerativen Erzeugung in Sachsen sind längst nicht erschöpft – die Dächer der Landesimmobilien sind ein ein-
 530 drucksvoller Beweis. Bei der Nutzung der Windkraft bleibt Sachsen weit hinter den Potentialen zurück, die im Einklang mit dem Natur- und Landschaftsschutz zu erschließen wäre. Unsinnige Höhenbegrenzungen, überzogenen Abstandsregelungen und nicht zuletzt seit Biedenkopfs Zeiten vorherrschende ideologische Scheuklappen, verhindern die angemessene Etablierung von hoch entwickelten Windkraftwerken und einer entsprechenden Industrie in Sachsen. Durch konsequen-
 535 tes Re-Powering - auch an alternativen Standorten – und Konzentration der Anlagen an wenigen, guten Standorten sind mehr Naturschutz und höhere Auslastung der Anlagen zu vereinbaren.

Forschung und Wissenschaft

540

Wissen ist längst zur entscheidenden Grundlage für wirtschaftliche Prosperität geworden – ohne Forschung und Lehre ist nachhaltiges Wirtschaften nicht denkbar. Moderne Wissensökonomien entwickeln ökologische und nachhaltige Produkte und Dienstleistungen im kreativen Austausch von Forschung und Produktion. Sachsen hat das enorme technik-, natur- und sozialwissenschaftliche Potential „grüner Wissenschaft“ noch längst nicht erkannt. Dabei sind die ökonomischen Chancen, die in einer Hinwendung zu klimafreundlichen Forschungsfragen und Studieninhalten liegen, enorm. Die Potentiale der in Sachsen traditionell starken Technikwissenschaften nutzt der Freistaat kaum. Insbesondere Technologien für Umwelt, Energieeffizienz und Erneuerbare Ener-
 545 gien sind forschungs- und ausbildungsintensiv - wir brauchen in diesen Bereichen mehr Studiengänge und eine koordinierte und offensive Forschungspolitik.

550

Grüne Wissenschaft hat aber auch eine sozialwissenschaftliche Dimension: wer nachhaltig leben will, muss Wirtschaften, Mobilität und Freizeit anders organisieren und andere Modelle dafür entwickeln. Wie nachhaltiges Wirtschaften aussehen kann, zeigt der vielversprechende Sektor der Kreativ- und Kulturwirtschaft – um ihn zu entwickeln muss die große Tradition der Geisteswissenschaften und der Kunsthochschulen insbesondere durch spezifische Existenzgründungsförderungen genutzt werden. Das klassische Fördermittelangebot ist für die Kreativbranche nicht geeignet. Durch intelligente Finanzierungslösungen für diese zumeist sehr kleinteilige Branche soll erreicht werden, dass Kreativität in Stadt und Land weiter wächst. Mit originellen Angeboten an Raum kann eine weitreichende Wirtschaftsförderung erreicht werden. Zugeschnittene Coaching- und Bildungsmaßnahmen sollen eine Professionalisierung der Branche bewirken. Aktivitäten zur stärkeren Vernetzung der Akteure sollen helfen, dass in diesem Bereich schlummernde Innovations- und Wettbewerbspotenzial gehoben werden können. und die Kreativbranche zu ähnlich tragenden
 555 Säulen der sächsischen Wirtschaft werden, wie in manchen Stadtstaat schon erkennbar.

560

565

Ökologie ist mehr als Umweltpolitik

570 Ökologe ist, wer sein Haus (griechisch oikos) in Ordnung hält. Gute Hausmutter oder -vater kann nur sein, wer für Gerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe unter den Geschwistern und zwischen den Generationen sorgt, wer in guten für schlechte Zeiten vorsorgt, seine Finanzen und die Übergabe der Hauswirtschaft an nachfolgende Generationen im Blick hat.

575 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für dieses umfassende Verständnis von Ökologie und sehen Ökologie als integrale Aufgabe der sächsischen Landespolitik.

Bei der grundlegenden Gestaltung der Landesfinanzen, bei der Verschuldung des Haushalt oder den Vorsorgeleistungen für die Beamtenpensionen bspw., sahen wir uns in partieller Übereinstimmung mit der CDU und dem Ministerpräsidenten. Das Vertrauen in die finanzpolitische Solidität der Regierung wurde auf den Immobilien- und Kreditmärkten verzockt. Die Bürgerinnen und Bürger werden die Zeche bezahlen müssen.

580

Bei der Gestaltung der Finanzen gehört neben die Solidität zwingend die Transparenz hinzu. Und hier unterscheiden wir uns grundlegend von einer CDU geführten Staatsregierung, die – im Versteckspielen geübt - das wahre Ausmaß der Krise um die Sachsen LB lange zu verschleiern suchte. Es bleibt abzuwarten, ob die Zustimmung der Koalition zur Ausweitung der Landesbank-Untersuchungsauftrags um das Landesbankdesaster ernst gemeint ist, oder ob weiter versucht wird, die Aufklärung der Skandale rund um die Bank zu behindern.

585

Der Freistaat Sachsen ist noch weit von einer modernen Finanz- und Steuerverwaltung entfernt. Jahr für Jahr entgehen dem Staatshaushalt durch Steuerbetrug Millionenbeträge. Das liegt neben einer zu geringen Personalausstattung und Fehlanreizen des Länderfinanzausgleichs. Ein Euro, der infolge von Betrugsbekämpfung eingenommen wird, führt nur zu 12 Cent zu Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt, der Rest wird im Länderfinanzausgleich verrechnet - auch an verschiedenen Softwaresystemen der 16 Finanzverwaltungen in Deutschland, die den Datenaustausch zwischen den Ländern erschweren und eine effiziente Betrugsbekämpfung verunmöglichen. Selbst den Verschuldungsgrad jeder einzelnen Kommune hält die Staatsregierung geheim, anstatt durch mehr Transparenz unter Einbeziehung der Bürger zu einer realistischen Einschätzung der Bau- und Unterhaltungskosten lokaler Bauten zu kommen.

590

595

600

Auch halten die Verwaltungen in Sachsen an einem aus der Betriebswirtschaft übernommenen Investitionsbegriff fest, welcher den Blick auf finanzpolitisches Handeln unzulässig einschränkt, denn bislang werden vordergründig Bau- und Infrastrukturmaßnahmen als Investitionen betrachtet. Die Qualität eines öffentlichen Haushaltes in Hinblick auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit lässt sich aber erst dann richtig beurteilen, wenn als Investitionen auch langfristig wirkende Ausgaben in die Fortbildung und Qualifizierung von Erziehern und Lehrern oder in die Förderung von betrieblicher Forschung und Entwicklung betrachtet und akzeptiert werden.

605

Ökologie braucht Überblick: Überfällig ist flächendeckende Einführung der doppelten Buchführung - nicht erst 2012 wie bisher geplant. Mehr als 600 Jahre nach der Entwicklung dieser Methode der Buchhaltung ist es endgültig an der Zeit dass sich die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik auch transparent in den Zahlenwerken der öffentlichen Haushalte ablesen lässt.

610

Gleichsam unökologisch wie ökonomisch unsinnig handelt, wer Menschen die Teilhabe an einer angemessenen Bildung und sodann am Erwerbsleben verwehrt. Ein Schulsystem, das so eine hohe Rate an Verlierern wie das sächsische entlässt, gehört auf den Prüfstand der Gerechtigkeit. Unsere

615

Konzepte, von der vorschulischen Erziehung bis hin zur Gemeinschaftsschule liegen vor und erhalten die Anerkennung der Fachleute.

620

Die sächsische Arbeitsmarktpolitik ist bislang nicht gerade durch innovative Konzepte aufgefallen. Es gibt weder flexible Modelle vor Ort noch eine hinreichende Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern. Wo die Regierung Erfahrungsaustausche und Best-Practice zwischen Arbeitsagenturen, ARGEN und Optionskommunen regional und überregional befördern könnte, erfolgt Kompetenz- und Zuständigkeitsgerangel zwischen Wirtschafts- und Sozialressort.

625

Für uns gilt der Grundsatz: Wer schon lange ohne Job ist, braucht besonders intensive Unterstützung. Fördern ist der Schlüssel zur Integration. Das kann nur lokal geschehen. Im Ernstfall muss eine soziale Grundsicherung verlässliche Hilfe bieten. Dabei verkennen wir nicht, dass in einem Land mit hohen Sozialbeiträgen wie der Bundesrepublik die Finanzierung der sozialen Sicherung auf eine breitere Basis gestellt werden muss. Nötig ist Absenkung der Sozialabgaben für untere Lohngruppen und die Flankierung durch einen gesetzlichen Mindestlohn, der sich an den Branchen und Regionen orientiert.

630

635

Für uns Bündnisgrüne stehen nach wie vor die Fragen nach den Grenzen des Wachstums und nach dem angemessenen Lebensstil auf der Tagesordnung. Die ökologischen Grenzen des Wachstums sind markiert, die Zunahme der globalen Güterproduktion und ihres Umschlags kann nur eine in ökologisch neuer Qualität sein. Wir sind auf der Suche nach einem Maß, dass jedem Mensch und nachfolgenden Generationen eine gleichberechtigte Teilhabe an den natürlichen Reichtümern der Erde gewährt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen in dieser Verpflichtung.

640